

den Verantwortlichkeit im Sinne des § 20, Abs. 2, nicht un-
wird, folgeweise er schon deshalb auch nicht berechtigt sein kann,
zur Begründung der Weigerung eines in den Grenzen der allgemeinen
Beugensflicht vor ihm geforderten Zeugnisses über den Verfasser eines incri-
minirten Artikels auf den § 20, Abs. 2, Bezug zu nehmen;

dass den Implantoren auch seine Eigenschaft als Verleger der Zeitung
von der Verpflichtung zur Übergabe des geforderten Zeugnisses über die
Person des Verfassers oder Einfenders gesetzlich nicht zu befreien vermag;

dass das Preßgesetz, so wie es vorliegt, eine Bestimmung nicht entält,
aus welcher die Befreiung des Verlegers hergeleitet werden könnte;
dass für die in Rede stehende Verpflichtung des Verlegers der Umstand
rechtlich nicht ins Gewicht fällt, ob der Person des verantwortlichen Redac-
teurs bereits eine in Gemäßigkeit des § 20 Abs. 2 als Thäter strafbare
Person bekannt ist, da nach § 20 Abs. 1 die Verantwortlichkeit für strafbare,
durch den Inhalt einer Druckschrift verübte Handlungen sich nach den be-
stehenden allgemeinen Strafgesetzen richten, und daher die gedachte Straf-
barkeit des Redakteurs nicht dieselbe des außer ihm noch vorhandenen Ver-
fassers und Einfenders eines Artikels als Mütterheber oder Theilnehmer des
Preß-Vergleichs ausschließt;

dass auch der Verleger in dieser Eigenschaft wegen seiner etwaigen Straf-
barkeit z. § 21 cit. sich schon deshalb nicht auf die allgemeine Vorschrift des
§ 161 Nr. 3 der Strafprozeßordnung berufen könnte, weil die bei ihm straf-
bare Fahrlässigkeit sich nicht mit dem im § 161 Nr. 3 unterstellten Strafbar-
keit als Thäter, Theilnehmer, Begünstiger oder Hebler deckt;

dass endlich die Bezugnahme auf den § 162 der Strafprozeßordnung sich
als eine verschleierte darstellt, weil nach der klaren Fassung dieses Paragraphen
das Interesse, welches der Implantor als Eigentümer der Zeitung an der
Nichtermittlung des Einfenders haben könnte, zwar der Richter bestimmen
kann, die Abnahme des Zeugnisses zu unterlassen, nicht aber dem Implantor
die Befreiung gibt, das geforderte Zeugnis zu verweigern;

dass sich sonach die eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet dar-
stellt, und sich damit auch der nachträglich vom Implantor eingereichte
Beschluß:

Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Beschluss der Anklagekammer des
Königlichen Appellationsgerichtes zu Frankfurt a. M. vom 6. August 1875
zurückzuweisen.

Ausgesertigt unter Siegel und Unterschrift des Königlichen Ober-
tribunals.

Berlin, den 9. September 1875.

Grimm.

Frankfurt a. M., 21. September. [Anklage.] Wie die
Wiener „Neue Freie Presse“ hört, hat der Staatsanwalt Kuntz in
Frankfurt am Main gegen den Redakteur der (reichsfeindlichen) „Ulmer
Schnellpost“, Herrn Friedrich Albrecht, eine Preßklage aus dem Grunde
erhoben, weil genanntes Blatt den Artikel der „Neuen Freien Presse“
über das Thema: „Der Journalistentag und der Zeugnispflicht“ ab-
gedruckt und dadurch weiter verbreitet hat.

Darmstadt, 21. September. [Verhaftung.] Unserer Polizei
gelang es, eine gewisse, hier wohnhafte Persönlichkeit, welche dem
wegen Anwerbung für die holländische Armee verhafteten Major Steck
als Unteragent gedient haben soll, zu ermitteln und in sicherem Ge-
wahrsam zu bringen.

München, 22. September. [Ernennung.] Den hiesigen
Abendzeitungen zufolge wäre der Domkapitular Beckert in Augsburg
zum Bischof von Passau ernannt worden.

Ö ster r e i ch.

* * Wien, 21. September. [Das gemeinsame Budget. — Die Eröffnung der Delegationen. — Szell's Einkommensteuer.] Der Gesamtstaatsetat beläuft sich diesmal auf fast 115 Mill. im Gegensatz zu den 113 Mill. für 1875. Die Mehr-
ausgabe entsteht dadurch, dass für die Armee wie für die Flotte je
eine Million mehr (97½ und 11 Mill.) gefordert werden, was haupt-
sächlich in der Steigerung der Lebensmittelpreise und in der absoluten
Notwendigkeit die Mannschaft besser zu verstügeln seinen Grund hat.
Nach Abzug der Zölle bleiben 65½ Mill. gegen 63½ des Vorjahres
durch die Erblände zu decken. Außerdem aber fordert der Kriegs-
minister 8½ Mill. zur Beschaffung von Uchatius-Kanonen, wovon 6 Mill.
auf unser Budget entfallen würden, das also im Ganzen etwa 72
Mill. für den Gesamtstaat zu tragen hätte, während die Total-
Quoten Ungarns 30½ Mill. betrügen. Die Denkschrift des Kriegs-
ministers, welche, nebst einer kleinen Sammlung völlig irrelevanter
handelspolitischer Actenstücke an die Stelle des Deutschen Notibuches
getreten ist, beziffert die gesamten Beschaffungskosten für die neue
Feldartillerie auf 17½ Mill., wovon der Rest per 9½ Mill. im
Jahre 1877 bewältigt werden soll, weil von einer weiteren Ausdeh-
nung der Beschaffungsperiode entschieden abgerathen werden muss.
Ich habe mich in den hässlichen Streit zwischen Krupp und Uchatius
abschließlich nicht eingelassen. Um so mehr muss ich hervorheben, dass
General Koller in seinem Memoire nunmehr unumwunden eingestellt:
„trotz einiger, doch zumeist geringfügiger Mängel hätte man das Krupp'sche
System mit Beruhigung annehmen können.“ Nur Ein Umstand
habe „gerechte und wesentliche Bedenken“ erregt: „die Nothwendigkeit,
die zum Krupp'schen Systeme gehörigen verringten Gußstahlrohre
von dieser Firma, also vom Auslande bezogenen zu müssen,
da die Fabrikation solcher Ringe der inländischen Industrie bisher fremd
geblieben war. Mit viel grösserem Gewichte noch als der staatsökono-
mische Nachteil mache sich dabei in politischer und militärischer Be-
ziehung der Umstand geltend, dass man in einem der wichtigsten Zweige
der Heeresbewaffnung vom Auslande durch längere Zeit hätte abhängig
sein müssen: denn von der inländischen Industrie war selbst bei den
glücklichsten Anstrengungen ein vollkommen vertrauenswürdiges Fabrikat
bei massenhaften Lieferungen in der nötigen kurzen Frist nicht zu ge-
währen. Schmerling, einstimmig zum Präsidenten der erbländischen
Delegation gewählt, hielt eine lange Antrittsrede, worin er betonte,
auf der Balkan-Halbinsel „handle es sich nicht darum, der Insurrection
ein Ende zu machen, sondern überhaupt einen Zustand herbeizuführen,
der eine Wiederholung derselben zur Unwahrscheinlichkeit mache“; und
dass es schwer halten werde, aber doch unerlässlich sei, die Anforderungen
des Kriegsministers mit den Nachweisen der drittthalb Jahre andauernden
Börsenkrisis im Einklang zu bringen, die sich heute nicht
bloß in eine Handels- und Geschäftskrisis umgestaltet habe, sondern
auch den Staatscredit bereits empfindlich berühre. — Die Einkommen-
steuer, mit der Szell 8 Millionen hereinbringen will, ist von einer
sabelhaft roh fiskalischen Veranlagung. Sie trifft nicht nur Alles,
selbst Wittwen- und Waisen-Pensionen, sondern auch Manches doppelt,
so z. B. das Einkommen der Actiengesellschaften, die erst das Unter-
nehmen als solches und dann nochmals der Aktionär als Privatmann
von seiner Dividende 3½ Prozent des Rein-Einkommens abgeben muss.
Eine urschlaue Idee, die überdies dem Staatscredit aufholzen und zu
Weiterungen mit ausländischen Actienbesitzern Anlass geben muss, hente
die Actien-Gesellschaften mit 7 Prozent zu besteuern!!! Und das ist
nicht eine vorübergehende Ausnahmsmaßregel, sondern eine reguläre
Steuer, deren variabler Schlüssel jedes Jahr von 3½ Prozent in die
Höhe geschraubt werden kann! Auch die Berechnung des Rein-Ein-
kommens ist wunderbar urwüchsig. Bei Handels- und Industrie-Gesell-
schaften, sowie bei allen „liberalen Professionen“ (Ärzte, Notare, Advokaten)
wird es auf das Neunsache der directen Steuern, die sie
bisher entrichtet, bemessen; ist diese Zusammenstellung des Börsianers mit
den Gelehrten nicht klaßisch? Der Gutsbesitzer versteuert mit 3½ Prozent
das Fünffache seiner Grundsteuer; der Hausbesitzer das Zehn-
fache seiner Hausratsteuer; die Actiengesellschaft das Sechsfache des
Gesamtbetrages der directen Steuern, die sie entrichtet, als Rein-

Einkommen. Da kann man auf das Urtheil abendländischer Fach-
männer wohl gespannt sein!

I t a l i e n.

Rom, 18. Sept. [Cardinal Lorenz Randi.] Lorenz Randi hat den
Cardinalshut erhalten, nachdem er Vice-Kämmerling der hl. Kirche und Ge-
neraldirector der Polizei bis zum 20. September 1870 im Palazzo di Mont-
treorio, dann später im Vatican-Bau gewesen ist. Er ist in Vagnacavallo,
einer kleinen Stadt der Emilia, im Jahre 1816 geboren und wurde
von einem damals noch vollständig obscuren Mönch über die Taufe gehalten,
der später Cardinal Orioli wurde. Diesem Umstand verdankt Randi seine
brillante Carriere. Seine Familie war zwar von altersher in Vagnacavallo
ansässig, aber weder vornehm noch berühmt. Da sie es jedoch zu bedeuten
im Reichthum gebracht hatte, so wurde Randi auf Orioli's Empfehlung in
die Akademie dei nobili ecclesiastici und somit in die romische Prälatur
aufgenommen. Nach Beendigung seiner Studien trat er in das Ministerium
des Innern ein, das damals unter der Leitung des Cardinals Martel stand.
Drei Jahre später wurde er päpstlicher Delegierter in Civitavecchia, nahm
also einen Posten ein, der damals wegen der militärischen Occupation, wegen
der häufigen Truppenbeförderungen seitens Frankreichs besonders wichtig
war. Randi, ein erfahrter Franzosenfreund, ließ keine Gelegenheit vorüber-
gehen, sich bei der französischen Regierung beliebt zu machen; dadurch hoffte
er auf Empfehlung beim Vatican. Doch hätte ihm das wenig genutzt, wenn
wenn er sich nicht die Protection Merode's zu verschaffen gewusst hätte,
der ihn in Folge seines bedeutenden Einflusses dem Papst als den
gesichtsbesten Prälaten empfahl, dem man am besten die General-
direktion der Polizei anvertrauen könne. Wirklichkeitsunterstützung fand
diese Empfehlung noch dadurch, dass Randi seinem Protector von Civita-
vecchia aus die Entfernung einer geheimen Gesellschaft mitteilte, an der auch
ein Vertrauter Antonelli's Theil nahm; und überaus überraschend wirkte
auch die Aufspaltung von Copien sehr wichtiger Depeschen aus der Staats-
kanzlei, die von Civitavecchia aus zur See nach Genua adressiert waren. So
kam es, dass als Matteucci, der später Cardinal wurde, und damals als
Polizeiminister sich mehr um seine Liebschaften als um sein Amt kümmerte,
abgefeiert wurde, Randi die Polizeidirection erhielt. Dieser wählte sich zu
seinem Lieutenant einen vornehmen Römer, der das Terrain vorzüglich kannte.
Nichtsdestoweniger vermehrten sich die gemeinen Verbrechen gegen Eigentum und
Leben der Bürger; die Agitationen des jungen Italiens von damals
finden bekannt. Höchstwahrscheinlich entdeckten Randi und sein Lieutenant die
Vorereitungen zu dem Octobertum von 1867 zu spät, um denselben ver-
hindern zu können: er wurde mit Waffengewalt unterdrückt und zog eine
neue französische Intervention und somit die Schlacht von Mentana nach sich.
Viele wurden politischen Verbrechen wegen eingekerkert, und als man im
Jahre 1870 vor September die Einsperrung der bekanntesten Liberalen for-
derte, widersetzte sich Randi, was ihm stets zur Ehre gereichen wird. Nach
dem 20. September siedelte er mit seinen kostbaren Möbeln und seiner großen
Sammlung päpstlicher Münzen nach dem Vatican über. Als Dilettant in der
mittelalterlichen Archäologie in Monza, Randi sehr respectabel. Er be-
sitzt seine Manieren und ist ein bekannter Verehrer der Antonelli'schen Politik,
die, wenn auch nicht ganz offen, doch ungemein nachhaltig die Pläne der
Jesuiten unterstützt.

F r a n c e .

Paris, 20. September. [Mac Mahon in Moulins. —
Buffet's Rede in Dompierre. — De Broglie in Beau-
menil. — Orleanisten und Legitimisten.] Dem Marschall
Mac Mahon ist, wie es scheint, in Moulins ein warmer Empfang zu
Theil geworden. Dort, wie in den anderen Ortschaften, welche der
Präsident der Republik auf seiner Reise berührte, drängte sich die Be-
völkerung in Massen auf seinen Weg. „Es ist, sagt die „Liberté“,
kein ärgerlicher Vorfall zu beklagen. Nur in Souvigny stieß ein Mann
den Ruf aus: „Vive la République!“, der aber sofort durch die
Zubtruhe der Umstehenden erstickt wurde.“ Wie billig, hat der Präsident
der Republik in Moulins einer Anzahl offizieller Anreden Stand
halten müssen. Bemerkenswert ist nur die Rede des Generalrats-
Präsidenten Cornil, welcher den Marschall zu der Vollendung der
Verfassungsgesetze beglückwünschte. Allen Rednern antwortete Mac
Mahon nur mit einigen kurzen Worten des Dankes. „Was mich an-
betrifft, soll er hinzugefügt haben, so kenne ich nur eine Politik: die
Liebe zum Vaterland.“ — Das Tagesereignis ist die Rede, welche
Buffet gestern in Dompierre gehalten hat. Sie liegt bisher nur in
telegraphischem Auszuge vor. Der Vizepräsident des Conseils spricht
ganz so, wie es sich von ihm erwarten ließ. Nach einem Lobe Mac
Mahon's, welcher von allen Parteien geachtet werde, weil er nur den
Ehrgeiz habe, dem Lande zu dienen, beginnt Buffet mit einer
liberalen Erklärung: „Der Hauptzweck des Ministeriums war
es, den constitutionellen Gezeiten Achtung zu verschaffen!“ Dann
aber verfällt der Redner sofort wieder in seine Lieblingstheorien;
indem er hinzufügt: „und auf diesem Gebiet das zerstreute Bündel
aller conservativen Kräfte wiederherzustellen gegen die revolutionären
Ideen und gegen Ideen, welche ohne revolutionair zu sein, doch zu
denselben Zielen führen.“ Das ist also wieder das alte System vom
gouvernement de combat. Zum Schluss versichert der Minister,
dass seit der Bildung des gegenwärtigen Cabinets niemals Uneinigkeit
unter den Mitgliedern ausgebrochen sei. — Der „Français“ bringt
heute auch den Text einer neuen Rede, welche die Broglie in Beau-
menil (Cure-Departement) gehalten hat. Der Minister des 25. Mai
hebt, wie Buffet, mit dem Lobe des Staatsoberhauptes an. Er
schildert Mac Mahon's Laufbahn und zeigt, dass Einheit des Handels
und Consequenz zu jeder Zeit dessen Tugenden gewesen seien, daher
habe auch die National-Verfammlung, nachdem sie sich mit Bedauern
von Thiers getrennt, dem Marschall ein immer wachsendes Zutrauen
bewiesen. Zuerst habe sie ihm eine wildwüchsige Gewalt gegeben,
damit die Gewalt für 7 Jahre, dann das vielleicht unerhörte Vorecht,
die Revision der constitutionellen Gesetze zu beantragen. Hieran knüpft
die Broglie eine stark aufgetragene Schilderung dessen, was die National-
versammlung Alles gethan habe. Die Widerherstellung des französischen
Wohlstandes, das Gediehen des Handels u. s. w. setzt er auf die
Rechnung der Versailler Kammer. Mit den politischen Erfolgen dieser
Kammer ist de Broglie nicht ganz zufrieden. Die Nationalver-
sammlung hat die constitutionelle Monarchie wieder herstellen wollen.
Das ist ihr misslungen und zwar, wie das Redner zu verstehen giebt,
durch die Schuld der Royalisten; in Erwähnung der constitutionellen
Monarchie muss man sich mit der Verfaßung vom 25. Februar zu-
frieden geben. Auch hier, bemerkt de Broglie, kann der Marschall
Mac Mahon wieder als Vorbild dienen. Es ist Ledermann bekannt,
dass auch er in den constitutionellen Gesetzen nicht das fand, was er
für das Land gewünscht hätte. Als noch eine andere Lösung möglich
schien, war er bereit, vom ersten Rang freudig herabzusteigen und
seinen Lieblingsplatz unter seinen Waffenbrüdern wieder einzunehmen;
aber als die Versammlung sich ausgesprochen hatte, war er bereit, sich
als treuer Diener des Gesetzes der Vertheidigung der Gesellschaft zu
widmen. — Was hier de Broglie über Mac Mahon sagt, kann allerdings
Niemanden in Erstaunen setzen. Man weiß zur Genüge, dass
Mac Mahon die Monarchie der Republik vorzieht und zwar gleich-
viel welche Art von Monarchie. Eben darin aber, dass er für keine
bestimmte Monarchie eine ausgesprochene Vorliebe hegt, liegt ein gän-
ziger Umstand für die Erhaltung der französischen Republik; denn
keine der monarchischen Parteien, die einander bekämpfen, erhält eine
Unterstützung von ihm oder kann sie von ihm erwarten. Mit großer
Bestimmtheit geht aus de Broglie's Rede hervor, dass die Uneinigkeit
zwischen seiner Partei und den Royalisten immer stärker wird. Auf
seinen Wunsch, eine conservative Mehrheit mit der Hilfe der äußersten
Rechten herzustellen, muss Buffet definitiv verzichten. Die eigentlich
Orleansisten und die Royalisten sind vollends hart hintereinander her.
In einer ganzen Reihe von Artikeln hat sich jetzt das „Journal de

Paris“ über die „Evolutionsfrage“ vernehmen lassen. Das orla-
nitische Blatt macht nach allen Seiten zugleich Front gegen die Re-
publikaner und gegen die Legitimisten; aber wenn es immer noch keine
bestimmte Antwort giebt, auf die Frage, ob die Prinzen zur Republik
übertraten wollen, so lässt es doch deutlich merken, dass die Anhänger
des legitimen Königtums nicht mehr auf die Mitwirkung der Orleans
rechnen dürfen. Die „Union“ antwortet denn auch dem „Journal
de Paris“ in dem hochfahrendsten, wegwerfendsten Tone.

○ Paris, 21. September. [Ueber die neueste Rede
Buffet's. — Aus dem Unterrichtsministerium. — Thiers
und Gortschakoff.] Die Rede Buffet's findet begreiflicherweise
in den republikanischen Blättern nicht die freundlichste Beurteilung.
Es ist unmöglich, sie anders aufzufassen, meint heute die Gambetta'sche
„République“, denn als eine Kriegserklärung an alle Republikaner der
Linken, des linken Centrums und selbst des rechten Centrums. Indem
der Minister davon spricht, „alle conservativen Kräfte gegen die revo-
lutionären Ideen zu sammeln und sogar gegen solche Ideen, welche
an sich nicht revolutionär, doch zu denselben Zielen führen“, unter-
scheidet er nicht mehr zwischen den conservativen und den radicalen
Republikanern. Alle diejenigen, welche die republikanischen Einrich-
tungen ernsthaft nehmen und welche sich nicht in einen Kampf gegen
die neuere Demokratie einlassen wollen, werden in denselben Ladel
eingeschlossen. Dagegen werden alle Männer, alle Candidaten und
Agenten der mißvergnügten Parteien, alle zerstreuten Mitglieder der
monarchisch clericalen Fraction eingeladen sich zusammen zu thun.
Es gibt Leute, welche behaupten, dass Herr Buffet seinem
reactionären Temperament nachgiebt und sich nicht genaue Rech-
nung ablegt. Wir sind misstrauischer. Unmöglich kann das Temperament
eine so irrite Sprache entschuldigen. So reactionär und clerical man
auch sein mag, so kann man doch nicht innerhalb einer und derselben
Woche einen Admiral absegen und dann selbst die nämliche Handlung,
dererwegen man ihn abgesetzt hat, begehen, ohne zu wissen, was man
thut. Herr Buffet weiß sehr wohl, was er thut, wenn er seine Ab-
sicht ankündigt, gegen die Republikaner, revolutionäre oder nicht, die
Liga der Royalisten, Bonapartisten und Clericalen wiederherzustellen.
Die Candidaten, welche Herr Buffet bei den nächsten Wahlen unter-
stützen wird, werden niemals aufrichtige Vertheidiger der gegenwärtigen
Staatsinrichtungen sein. Auch die „Debats“ hegen keinen Zweifel
daran, dass Buffet bei Erwähnung der nicht revolutionären Ideen,
die zu revolutionären Zielen führen, auf jene Deputation ansieht,
welche am 25. Februar ohne Leidenschaft, blos aus Verunsicherungs-
gründen für die Republik gestimmt haben. — Heute Abend wird
Buffet nach Paris zurückkehren. Seine Stellung im Cabinet scheint
fester als jemals. Mit Bestimmtheit verlautet, dass er im letzten
Ministerrath vor seiner Abreise seine Collegen Dufaure und L. Gay
endlich vermoht hat, darin zu willigen, dass bei der Debatte über
das Wahlgesetz die Regierung aus der Annahme der Arrondissements-
wahlen eine Cabinetsfrage mache. Dufaure, obgleich selber ein An-
hänger der Arrondissementsabstimmung, war bisher bekanntlich dafür,
dass man auf die Entscheidung der Kammer nicht zu drücken suche.
Der Unterrichtsminister Wallon geht morgen zu einer Schulinspektion
nach Rouen. Man schreibt ihm für den Winter große Pläne für die
Verbesserung der Staatsuniversität zu. Der hohe Unterrichtsrath soll
berufen werden und man will über 40 neue Lehrstühle errichten, auch
das Unterrichtsmaterial bedeutend verbessern, um mit den Clericalen
concurrieren zu können. Dass dabei viel herauskommen wird, lässt sich
nicht annehmen. In dem hohen Unterrichtsrath haben, wie bekannt,
die Bischöfe und ihre Freunde die Majorität, und Herr Wallon
hat bei der Discussion über das Unterrichts-Gesetz bewiesen,
dass er nicht der Mann ist, um den Ultramontanen die Spitze
zu bieten und den Bischöfen Zugeständnisse zu Gunsten der Staats-
Universität abzuringen. — Die „Tablettes d'un Spectateur“ bringen
einen ausführlichen Auszug aus einem Briefe Thiers' (an Jules Simon,
wie man sagt). Es wird darin über Thiers Unterredungen mit Gort-
schakoff berichtet. Wie man schon weiß, sprach der russische Kanzer
lebhaft seine Missbilligung der clericalen Tendenzen, die in Frank-
reich übermächtig geworden sind, aus. Thiers erwähnt darauf, dass
nach seiner Überzeugung trotz Allem die gemäßigte Republik sich be-
festigen werde. Sollte das nicht der Fall sein, so ließe sich nicht ab-
sehen, was aus Frankreich werden würde. Die „France“ glaubt zu
wissen, dass in dem Briefe auch von der Evolution der Prinzen von
Orleans die Rede ist; diese Stelle ist aber in den „Tablettes“ unter-
drückt worden.

* Paris, 21. Sepbr. [Ueber die Reise des Marschalls
Mac Mahon] liegen weitere offizielle Berichte aus Moulins vor.
Nach dem Diner, zu dem alle Behörden „befohlen“ worden waren,
war Empfang auf der Präfectur, zu dem sich die ganze offizielle Welt
des Departements, darunter alle Maires, eingefunden hatte. Der
Präsident der Republik wurde, als er die Säle betrat, sehr warm be-
grüßt. Um 10 Uhr zeigte er sich auf dem Balcon der Präfectur.
Die Menge, die sich vor derselben befand, und welche die offiziösen
Berichterstatter auf 20,000 schätzten, zeigte eine solche Begeisterung,
dass der Marschall sich veranlaßt fühlte, hinzufliegen, um sich nach
der Straße zu begeben, wo die Musikanter spielten. In diesem Augen-
blick — so erzählt ein offizieller Berichterstatter — war die Begeiste-
rung eine unbeschreibliche. Die Bevölkerung von Moulins, die bis-
dahin nur achtsam gewesen war, ließ sich hinreissen. Die Scene
war grandios. Der Marschall schritt durch die Menge ohne Begleit-
ung. Ihm gingen nur voraus der Präfect und sein Adjutant, der
Oberst d'Absac. Alle Hauer waren entblößt, und während die Musi-
k spielt, erklang die Rufe: „Es lebe Mac Mahon! Es lebe Frank-
reich!“

auf das wir angespielt, und mehrere seiner freunden Collegen noch nicht berissen zu haben."

[Päpstliches Breve.] Das „Univers“ veröffentlicht folgendes Breve des Papstes an den Bischof von Angers:

Pius IX., Papst. Ehrwürdiger Bruder, Gruß und apostolischer Segen! Wir sind, ehrwürdiger Bruder, durchaus nicht darüber überrascht, daß ein Volk, sich seinen nationalen Nutzen in der Literatur und den Wissenschaften erinnernd, nachdem es so lange die größten Schwierigkeiten empfand, der Jugend eine gesunde und fromme Erziehung zu geben, sich freut, die Freiheit des Unterrichts erhalten zu haben, und sich befestigt, die sie so schnell als möglich zur Anwendung zu bringen, indem es aus eigenem Antriebe seine Anstrengungen und seine Mittel vereinigt. Wir beglückwünschen es auch deshalb, mit Eifer die Gelegenheit erfaßt zu haben, die ihm ein günstiges Gesetz darbot, und wir ermahnen es, einem mit so viel gutem Willen begonnenen Unternehmung seine ausdauernde Stütze und seine Zustimmung zu geben. Was Sie betrifft, so haben wir für Ihre überhöchlichen Bemühungen das größte Lob. Da Sie die Lehrbücher jener hohen Wissenschaft, welche die Mäßigerin aller anderen ist, noch nicht aufrichten konnten, so befehligen Sie sich besonders, den Geist der Laien zu bilden, um dieselben mit einer gesunden und festen Kenntnis der bürgerlichen und kanonischen Gesetze zu durchdringen. Und wirklich wird die wahre und klare Kenntnis des Rechtes und des Gerechten für die bürgerliche und religiöse Gesellschaft kein geringer Vorteil sein, da sie schon so lange durch Schulungen verwirkt wurde, welche die Geiste mit so vielen Irrtümern trübt. Deshalb wünschen wir von ganzem Herzen den Erfolg Ihrer Absichten und Ihres Unternehmens, und es gefällt uns, vorauszusagen, daß durch Anziehung der anderen Zweige des Unterricht Ihre Anstalt rasch wachsen und sich vervollkommen, und durch die Erfahrung und die Erfolge empfohlen, die Lob- und die Bestätigung des heiligen Stuhles verdienen werden. Empfangen Sie unterdessen, als Vorboten der göttlichen Gunst den apostolischen Segen, den wir Ihnen mit Liebe als Zeugnis unseres besonderen Wohlwollens für Sie, ehrwürdiger Bruder, für Ihren ganzen Clerus und Ihr ganzes Volk bewilligen.

Gegeben in Rom bei St. Peter, den 16. September 1875, im dreißigsten

Jahre unseres Pontificats.

Pius IX., Papst.

[Zum Budget.] Das Budget von 1876 hat wie die Budgets von 1874 und 1875 für fünf Marschälle 150,000 Frs. und für zwei Admiräle 60,000 Frs. ausgekehrt. Seit drei Jahren giebt es aber nur noch vier Marschälle, nämlich Mac Mahon, Canrobert, Leboeuf und Baraguay d'Hilliers (Bazaine ist gestrichen), und keinen einzigen Admiral. Es stehen also seit drei Jahren 90,000 Frs. zur Verfügung. Die Regierung hat mehrere Male den Versuch gemacht, die drei ledigen Posten zu besetzen, aber aus politischen Gründen zu keinem Entschluß kommen können. „Opinion Nationale“ fragt, ob denn ein fünfter Marschall so durchaus nötig sei.

Amerika.

New-York, 4. September. [Der Wahlkampf in Ohio] wird der „New-Yorker Handelszeitung“ zufolge mit immer hizigerem Eifer betrieben, und der schlichte Ausgang desselben dadurch immer mehr zum Gegenstand unsicherer Speculation. „Die Ursache der zunehmenden Ungewissheit über den Ausfall der Ohio-Wahl, von welcher ein maßgebender Einfluß auf die nachfolgenden Herbstwahlen erwartet wird, ist in dem Umstände zu erblicken, daß von Seiten der republikanischen Partei, nachdem der Kampf sich einige Wochen lang um die Finanzfrage, als um seine Angel gedreht, mit einem Male die confessionelle Zellfrage auf das Tavet gebracht und seither von den republikanischen Stumprednern, namentlich dem Richter Taft, mit unsichtbarem Erfolge zum Hauptdrehpunkt für den Wahlkampf gemacht wurde. Das sogenannte Geghan-Gesetz — nach seinem Einbringer so bekannt — welches dabei als Haken zum Anhängen der Agitation benutzt wurde, erscheint an sich nicht nur als ein höchst unschuldiges Ding, das mit der Schulfrage und den katholischen Plänen gegen das öffentliche Schulsystem nicht im geringsten Zusammenhang steht, sondern dieses Gesetz ist sogar aus dem Prinzip der confessionellen Gleichberechtigung in dieser Republik hervorgegangen und steht außerdem mit den ausdrücklichen Vorschriften der Staatsverfassung von Ohio in Bezug auf die Trennung von Staat und Kirche im Einklang. Das Geghan-Gesetz verordnet nämlich — veranlaßt durch einen Fall verweigerter Zulassung katholischer Seelsorger in einem protestantischen Waisenhaus — daß den römisch-katholischen Insassen in den Straf- und Wohltätigkeits-Anstalten des Staates auf ihr Verlangen der Zuspruch eines Geistlichen ihrer Kirche gestatten werden solle. Man sollte meinen, daß eine solche, offenbar auf dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse in öffentlichen Anstalten fußende Gesetzesvorschrift sich der allgemeinen Billigung aller Liberalgesinnten erfreuen würde, wie denn auch zur Zeit der Passirung dieser Bill durch eine demokratische Legislatur, sowie bis auf die gegenwärtige Wahlcampanie sich keinerlei principielle Opposition dagegen erhoben zu haben scheint. Nichts desto weniger wurde dies Gesetz, wie erwähnt, zum Anlaß genommen, um den mehr und mehr alle Gemüther ergreifenden Antagonismus zwischen Protestantismus und Katholizismus als praktisches Agitationsmittel für die Massen in die politische Wahlbewegung hereinzuziehen und damit die lästige, wie man bald sah, bei der allgemeinen Verwirrung der Begriffe wenig brauchbare Papier- und Hartgeldcontroverse bei Seite zu schließen. Dies ist denn auch von unerwartetem Erfolge begleitet gewesen, und es hat namentlich, was am auffallendsten erscheinen könnte, diese hereinziehende der confessionellen Frage in die politische Arena bei demjenigen Elemente der Stimmgeber Anklang gefunden, welches sich mit Vorliebe das „freidentende“ nennen hört, nämlich das Deutsche, unter welchem die Republikaner vermittelst ihrer anti-ultramontanen Parole vorzugsweise auf die Wiedergewinnung der ihnen in den letzten Jahren verloren gegangenen Stimmkräfte rechnen. Wie weit dies der Ausfall der Wahl verwirklichen wird, sieht dahin; doch ist die Wendung, welche die Ohio-Wahlcampanie genommen hat, als Zeichen der Zeit beachtenswert, in welcher sich selbst alle politischen Bewegungen mehr und mehr zu einem Kampf um religiöse Ideen zuspielen. Von Seiten der Demokratie, welche die Gefahr dieser Wendung in Ohio nicht verkennt, wenn sie auch noch immer auf eine zweifellose Majorität im Oktober rechnet, wird die plötzliche Flankenbewegung der republikanischen Partei unter einem neuen Banner als eine heilweise Wiederbelebung der berüchtigten Knownothing-Bewegung aus früheren Jahrzehnten denunziert und bekämpft, dabei wohl Mancherlei von der Thäten, welche die Nativistenlogen gefärbt, zugleich aber siegesgewiß auf den schmählichen Untergang hingewiesen, welcher jener fremdeindlichen Agitation ihrer Zeit durch den gefunden Sinn der Mehrheit des amerikanischen Volkes bereitete wurde. Der aufrichtige Freund des Landes könnte jedem Versuche zu Wiederbelebung einer so durch und durch unamerikanischen Stiftung, noch dazu durch das gefährliche Element religiöser Unzulänglichkeit verstärkt, nur dasselbe Schicksal wünschen, welches das frühere Knownothingtrum traf. Immerhin geben jedoch die Ereignisse in Ohio nicht nur zum Denken, sondern zu der Befürchtung Anlaß, daß wir dem großen nationalen Wahlkampfe des nächsten Jahres anstatt mit gefärbten, mit noch immer mehr sich entwickelnden politischen und Parteiverhältnissen entgegengehen dürften. Und Klärung der Situation, Vereinfachung der Streitfragen, Einschaltung der Parteien, ist es doch vor Allem, was wir bedürfen.“

Provinzial-Beitung.

Breslau, 23. September. Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz zu Schönewich-Carolath n. Gem., a. Mellendorf. Lesser, General-Consul a. Familie, a. Warschau. (Fremdenbl.)

+ [Das Freiwilligen-Gramen] fand am Montag, Dienstag und Mittwoch im Prüfungssaal des biesigen königlichen katholischen Matthias-Gymnasiums statt, wozu sich 78 Examinanden gemeldet hatten. Die Examinateure bestanden aus den Bezirks-Commandanten Oberst v. Bländner, Obersilhouetteur v. Donat, den Oberlehrern Dr. Markgraf, Dr. Friesen und dem Civil-Vorsteher Regierungsrath Eberhardt. Das Resultat war diesmal ein günstigeres, da die Hälfte der Examinanden, 40 an der Zahl, das Zeugnis der Besichtigung mit „gut bestanden“ und „bestanden“ erhielten.

* [Nachtrag.] Zu den vielen Tugenden von Güte und Leutseligkeit, welche die höchsten Herrschaften während des Aufenthaltes in Schlesien an den Tag legten, kann die in Oels erscheinende „Locomotive“ ebenfalls einen Beitrag liefern. Wie der Kronprinz, größtentheils die Uniform seines 2. Schlesischen Dragoner-Regiments trug, waren auch von letzterem, gleichsam in weiterer Auszeichnung des Regiments, während der Tage, daß beide Corps zusammen manövrierten, vom 16. bis 18. d. M., der Stabstrompeter, ein Wachtmeister und ein Gefreiter als Ordonnanzen zu Se. R. u. R. Hoheit commandirt und bildeeten als solche seine stete Begleitung. Der Kronprinz hatte dem Commandeur des Regiments, Herrn Oberst von Winterfeld, eine prächtige Schildpattrose überreicht. Beim Besteigen des Wagens, nach Beendigung des Manövers, wo die Dienstleistung der Drei ihr Ende erreicht hatte, empfingen dieselben von dem hohen Herrn ebenfalls jeder ein Zeichen seiner Huld: der Stabstrompeter und der Wachtmeister jeder eine turz Feldspfeife, der Kopf mit dem Reichsadler geziert, auf dem silbernen Beschlag die Krone. Der Gefreite erhielt ein Bahnmarktfeld.

* [Wichtige Erfindung.] Aus Görlitz meldet der dortige „Anzeiger“: Ein biesiger Apotheker hat die Erfindung gemacht, Leuchtgas auf kaltem Wege herzustellen. Derselbe leitet gewöhnliche atmosphärische Luft durch eine — bisher nur ihm bekannte Substanz — auf welchem Wege sich die atmosphärische Luft in Leuchtgas verwandelt. Ein biesiger, in jolchen Apparaten bewandter Schlosser arbeitet schon seit mehreren Wochen an den dazu notigen Apparaten, und hoffen die Herren auf baldige Erelangung des Patents. Tausend Kubikfuß nach der neuen Methode hergestelltes Gas werden nicht einmal einen Thaler Herstellungskosten (?) erfordern und sich der Apparat überall anbringen lassen.

— [Oberförster.] Der Herr Finanzminister hat die Oberförsterstelle Kupp-Süd zu Kupp, Reg.-Bez. Oppeln, welche durch die von dem Oberförster Raboth dagegen nachgesuchte und demselben bewilligte Pensionierung vacant wird, vom 1. October d. J. ab dem Oberförster Krüger zu Neu-Böddelen, Reg.-Bez. Minden, übertragen.

* [Falsches Geld in Oberschlesien.] Die Oberschl. Grenzg.“ berichtet: In Wiedowitz kam am 16. ein falsches Markstück bei einem Gastwirth zum Vorschein; auf Anzeige des Gendarmen wurden bei den übrigen Gasträumen Nachsuchungen ange stellt und auch bei einem anderen noch drei falsche Markstücke vorgefunden, die den echten täuschen ähnlich nachgemacht sind, jedoch nur aus Zinn bestehen und sich leicht biegen lassen. Dieselben sind aus Beuthen nach Wiedowitz gelangt, d. h. von den befreiten Gastwirten aus den verschiedensten Geschäftslocalen gegen größere Münzsorten eingewechselt worden. — Achtmal berichtet die „Kattowitzer Zeitung“ aus Kattowitz: Der Polizei-Commissionarius Heller brachte am vergangenen Donnerstag in Erfahrung, daß am biegenen Dreieckspfennige von Markstücken durch eine fremde Person in Umlauf gelegt worden seien. Er ging der ihm gegebenen Spur nach und traf in einem Schanklokal an der Bahnhofstraße, unweit des über den oberschlesischen Eisenbahnhöfen führenden Wegeüberganges, einen Mann aus Bendzin, der sich Guttmann nannte und bei näherer Untersuchung drei falsche Markstücke bei sich führte. Auf Befragung, woher er dieselben hätte, gab er schon mehrere gleiche Stücke in Aussicht gebracht habe, gab er widersprechende und verneinende Angaben, obgleich ihm in letzterer Beziehung der Nachweis geführt wurde, daß er im Laufe des Tages diverse kleine Einkäufe gemacht habe. Es blieb also nichts übrig, als den fremden Mann dingfest zu machen und ihn bis auf Weiteres in polizeilichen Gewahrsam zu bringen. Die Untersuchung wird das Weiter ergeben, und bemerken wir nur noch, daß die falschspfennige aus einer Zinncompositionsmasse geprägt und namentlich an dem schlecht ausgeprägten Reichsadler erkennbar sind. Das Publikum wird guß hin, bei Annahme von Markstücken die größte Vorsicht zu beobachten.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der jetztverlorenen Woche sind hierzulande polizeilich angemeldet worden: Als geboren 109 Kinder männlichen und 89 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 198 Kinder, wovon 22 außerehelich; als gestorben 71 männliche und 64 weibliche, zusammen 135 Personen incl. 7 todtgeborener Kinder.

δ Breslau, 22. September. [Criminal-Deputation: Presseprozeß] Raum ist Herr Otto, Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung“, in voriger Woche von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, so hat er sich heute wieder auf eine Anklage wegen Pressevergehen zu verantworten. Dieselbe ist auf § 131 des Strafgesetzes gegründet, welcher besagt, „daß, wer verdächtete oder ernstliche Thatachen, wissen, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, mit Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird.“ Die Nr. 168 der „Schles. Volkszeitung“ vom 28. Juli d. J. enthielt unter „Rom. 23. Juli“ ein Breve des Papstes, geschrieben als Antwort auf eine Adresse derjenigen Polen, welche sich bei ihm für die Ernennung des Grafen Ledochowski zum Cardinal bedankt hatten. Dieses Breve enthält nun die incriminierte Stelle. — Herr Otto dat. in Vertretung des Herrn Dr. H. Hager jene Nummer verantwortlich gezeichnet. Er übernimmt auch die volle Verantwortlichkeit des Artikels als Thaten (§ 20 des Presgeleys). Seine Entschuldigung basirt darauf, daß er den Brief des Papstes in wortgetreuer Ueberziehung ohne jede Bemerkung abgedruckt habe, er beantragt eventum diesen Nachweis führen zu können, die Vertagung des Termines. Der Staatsanwalt Herr Prof. Dr. Fuchs legt dar, daß das Erkenntnis eines Gerichtshofes eine Anordnung der Obrigkeit sei und mache das Schriftstück eine solche Anordnung verächtlich, indem es die auf Grund der Gesetze gegen Ledochowski erkannte Gefängnisstrafe so darstellt, als wäre L. unzureichig verurtheilt. Sein Antrag lautet mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und die ganze Haltung der „Schles. Volkszeitung“ auf 4 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte beruft sich darauf, daß es stets getatet gewesen ist, Verfugungen und Erlasse des Papstes in getreuer Ueberziehung als „historische Altenstücke“ zu veröffentlichen, ohne deshalb in Straf genommen zu werden. Demgemäß habe auch das Appellgericht vor Kurzem gegen Herrn Dr. Franz wegen Veröffentlichtung der Encyclica auf Freisprechung erkannt. Im Urteil bestreite er, daß gerichtliche Erkenntnisse Anordnungen der Obrigkeit sind. — Der Gerichtshof erklärt den Abdruck jenes Briefes für strafbar; das Breve sei keinesfalls ein historisches Altenstück, sondern nur eine Antwort auf die Adresse einer Anzahl Privatpersonen. Mit Rücksicht darauf, daß Otto das erste Mal wegen § 131 verurtheilt wird, lautet das Erkenntnis auf 200 Mark Geldbuße event. 4 Wochen Gefängnis.

S. Grünberg, 21. September. [Zum Traubeversandt. — Kreissynode.] Der Traubeversandt hat sich über alle Maßen in erfreulichster Weise entwickelt und hat seit gestern eine tägliche Höhe von über 1000 Kisten zu 10—20 Pfund erreicht, während im vorigen Jahre erst Mitte October der Verband auf diesen Umsatz kam. Die Hauptheförderung findet in der Richtung nach Berlin statt, und trotzdem mit dem Frühzuge allein ca. 600 Kisten verschickt worden, ist Dant den einsichtsvollen Vorbrüggen der biesigen Postbehörden, die Versendung durchaus präcis, so daß noch keine Verspätung vorgekommen ist. Die allgemeine Nachfrage ist der beste Beweis für die Güte der biesigen Trauben und es ist nur zu beobachten, daß in dem „Niederschlesischen Anzeiger“ aus Grünberg die falsche Nachricht Platzen gefunden, daß unsere Trauben erst in 14 Tagen reif und jetzt versendete östers zurückgeschickt würden. Gerade augenblicklich ist die Grünberger Traube besonders schön und zur Farbe geeignet, wie als Speiseträuber zu empfehlen, da der in diesem Jahre besonders starke Zugereicht hat noch nicht zu sehr entwickelt ist. Die starke Concurranz — es befinden sich über 30 verschiedene Firmen hier und im Kreise mit dem Verband — hat auch eine Preiserhöhung herbeigeführt, indem mehrere Handlungen portofreie Sendungen anbieten. Zu empfehlen sind alle Firmen und ist die langjährige und dauernd wiederholte Kundswaft der beste Beweis von der guten Efficienz der Bestellungen. Zur Verbindung wird fast nur der Gelbschnebel benutzt, dessen oft ½ Pfd. und darüber schwere Trauben haben den schönen gelblich schimmernden Glanz zeigen. — Aus dem Bericht über die im vorigen Monat stattgefundenen Kreissynode ist zu erwähnen, daß seit Einführung des Gesetzes über die Verpflichtung des Personenstandes in Stadt und Kreis Grünberg nur drei Kinder nicht getauft sind; dagegen sind ohne kirchliche Einsetzung im Kreise zwei, in der Stadt Grünberg 25 Paare geblieben. Leichtere Zahl drückt ca. 25 p.C. sämmtlicher Chor aus, und ist die Höhe die sie Sakes gewiß einer beginnenden Begründung wert. In derselben Sitzung wurde auch über die Gastgeberhaftenheiten beraten und deren Aufstellung wurde von dem Referenten von Grünberg beantwortet. Zur Gemeinde Grünberg stehen mehrere Dörfer in Gastgemeinschaft und wurde von den Vertretern derselben die neulich ausgeschriebene Kirchensteuer zurückgewiesen.

δ Gubrau, 21. September. [Tages-Chronik.] In der letzten, am 16. September abgehaltenen General-Versammlung des evangelischen Gemeinde-Kirchenrates, welcher Mitglieder der Gemeindervertretung bewohnen, wurde der emeritierte Lehrer, Herr Rendant Gube zum Kirchhofen-Konsulenten erwählt, und erklärte sich derselbe zur Übernahme des Amtes für einen jährlichen Gehalt von 120 Thalern bereit. Vorzüglich galt diese Sitzung der Belegung eines, in einem früheren Bericht von hier, Breslauer Zeitung Nr. 230, erwähnten Conflicts zwischen dem städtischen Behörden und dem Gemeinde-Kirchenrat, betreffend die Verwaltung kirchlicher Amtser durch Lehrer der evangelischen Stadtschule, deren Fortbestand die qu. Behörden die Genehmigung verweigern zu müssen glaubten hatten. Nachdem jedoch die Bedingungen, an welche Magistrat die Fortdauer des alten Verhältnisses knüpft, sowie diesen gegenüber ein anderer Compromiß-Vorschlag zur Kenntnis der Versammlung gebracht worden war, blieb wegen zu weit vorgesetzter Zeit, die Soche unerledigt und soll zur endgültigen Regelung einer gemischten Commission von Magistrats-, Stadtverordneten-, Gemeinde-Kirchenrats- und Gemeinde-Vertretungs-Mitgliedern überwiesen werden. — Im Bericht freundnachbarlicher Beziehungen hatte der biesige Gelang-Verband den Käbener zu einem Besuch nach hier eingeladen. Dieser Einladung leisteten die Käbener in zahlreicher Vertretung, begleitet von ihren Damen, am Sonnabend den 19. d. M. Folge. Am Schlußbaute vom heimischen Verein empfing, leitete dieser die Gäste unter Musik durch die Stadt nach dem Rathause, wobei die geladenen Ehrengäste sich ihnen anschlossen, um schließlich die Arena ihrer künstlerischen Leistungen, das Wallerde-Garten-Etablissement zu betreten. Obgleich hier die eben nicht rücksichtsvolle Nichtbeachtung des Wunsches des heimischen Vereins, den Sängern bestimmte Bläte zu reservieren, Gastgeber und Gäste gerade nicht angenehm berührte, vermochte dieser Umstand der Sänger Frohsinn dennoch nicht zu trüben, und bald erklangen fröhlich und frisch die Klänge ernster und heiterer Gesänge, theils von beiden Vereinen gemeinschaftlich, theils von jedem einzeln executirt; besonders fand eine schwierigere Gesangsstücke „die Frohsangcantate“ wegen der Sicherheit und Präcision, mit welcher der Käbener Verein sie ausführte, die vollste Anerkennung. Doch eine Gesellschaft, für die das Rollen der Regelmäßigkeiten, das Rasseln fallender Regel und der monotone Ruf der Regelmäßigkeiten jedenfalls eine liebliche Muß ist als Gesangsstücke, schloß, etwas verfrüht, in liebenswürdiger Rücksichtslosigkeit durch Aufnahme einer lebhaften Kegel-Aktion den Sängern gleichsam den Mund. Der Abend vereinte die Sangesbrüder zu einem einfaulen Mahl und einem fröhlichen Tanzchen im Rathaus-Saal.

Soeben lehnen unter klingendem Spiel unsere Käbener vom Manever in's Städtchen zurück.

Δ Schweidnitz, 21. September. [Militärisches. — Kirchenfest. — Säcularfeier. — Neubauten.] Die hier in Garnison stehenden Truppentheile der Infanterie ruhten in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. wieder in unsere Stadt ein. — Am gestrigen Tage beging die evangelische Gemeinde das alte Jahr wiederkehrende Kirchenfest zur Erinnerung an den Tag, an welchem im Jahre 1652 die kaiserlichen Commissarien auf Grund der Bestimmungen des westfälischen Friedens den Vorstehern der evangelischen Gemeinde den Platz zum Bau der Dreifaltigkeits- oder Friedenskirche übergeben haben. Dies Fest wird, wie jedes andere kirchliche Fest oder wie jeder Sonntag, durch einen dreimaligen Gottesdienst alljährlich an dem Montage der Woche begangen, in welche der 23. September fällt. An dem Nachmittage vorher wird die von einem Wohltäter der Kirche für diesen Zweck gesetzte Vorbereitungspredigt gehalten. — Die Freimaurer-Lodge Hercules begeht in diesen Tagen mit ihrem 105. Stiftungsfeste zugleich die Erinnerung an den Tag, an welchem sie gerade vor 100 Jahren ihren Sitz von Neidenbach nach Schweidnitz verlegt hat. — Das neue Gebäude, das zur Aufnahme der evangelischen Volksschule für Mädchen bestimmt ist, steht nun auch im inneren Ausbau so weit vollendet da, daß es in den ersten Tagen des Monats October seinem Zwecke wird übergeben werden können. Dasselbe liegt vor dem Kroischtore. In der unmittelbaren Nähe desselben wird ein Spielplatz für die Jugend angelegt. Das Terrain, über welches die verlängerte Kroischastraße führt, ist bereits ziemlich frei gelegt. Nicht weit von dem neuen Schulhause wird der für die Anlage des Wasserhebeworks bestimmte Thurm jetzt ausgeführt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 22. September. Im heutigen Verkehr gewann die gestern schon bemerkbar gewesene günstigere Entwicklung des Geschäftslebens nicht nur ihre Fortsetzung, sondern auch wesentlich an Bedeutung. Die Umsätze haben eine derartige Zunahme erfahren, daß die Börse unter gewisser Beschränkung der überhaupt herrschenden Stagnation, schontheilweise belebt genannt werden kann. Auch vollzogen sie sich mit einer Leidigkeit, die bislang vollständig vermieden werden mußte. Die Kauflust war für alle Speculations-Werthe erwacht, und erzielten diese dementsprechend auch mehr oder weniger belangreiche Avancen. Die feste Stimmung, die kommt hier zum Ausdruck gelangte, stand einigermaßen im Widerspruch mit den anderen Hauptbörsen, denn die von dort eintreffenden Courtsmeldungen ließen auf eine weniger feste Physiognomie der auswärtigen Bläte idenfizieren. Die internationalen Speculationspapiere wurden recht lebhaft umgesetzt; mit Ausnahme von Lombarden gingen sie von ihren gestrigen Schlussnotierungen aus und bewegten sich unter geringen Schwankungen in steigender Richtung, so daß sie etwa 2 Mark über gestrige Notiz schließen. Lombarden erreichten aber den gestrigen Schlusskurs nicht, trotzdem sie ebenfalls fest und steigend sich zeigten, da sie circa 3 Mark unter diesem eingesetzt hatten. Galizier behaupteten sich gut, andere Dester. Bahnen fanden sich vollständig vernachlässigt. Die localen Speculationseffecten bewegten sich in fester Stimmung, nur Dortmunder Union war etwas gedrückt. Disc-Commandit 155, ult. 154½—155½, Dorn. Union 15, ult. 15½, Laurahütte 93,50, ult. 93,75—93, 90—93,40. Auswärtige Staatsanleihen ruhig. Dester. Renten unverändert, 1860er Loos begehr, Stettiner und Türkens recht fest. Russische Werthe still, Prämien-Anleihen weichend. Preußische und andere deutsche Staatsspecielle meist ohne Veränderung. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten blieb unbedeutend. Lemberger gefragt, Albrechtsbahn und Galizier besser. Auf dem Eisenbahnmarkte zeigte sich der Verkehr reger,

